

Jenseits von Gut und Bös

Was steht in den Fichen?
Seite 8



FICHEN FRITZ

UNTERSCHREIBEN



Die S.o.S.-Initiative
Schweiz ohne
Schnüffelpolizei

JETZT BESTELLEN!



Das aktuelle
Buch über den
CH-Schnüffelstaat

Freisinniger Ständerat
Rüesch als Spitzel-Taxi

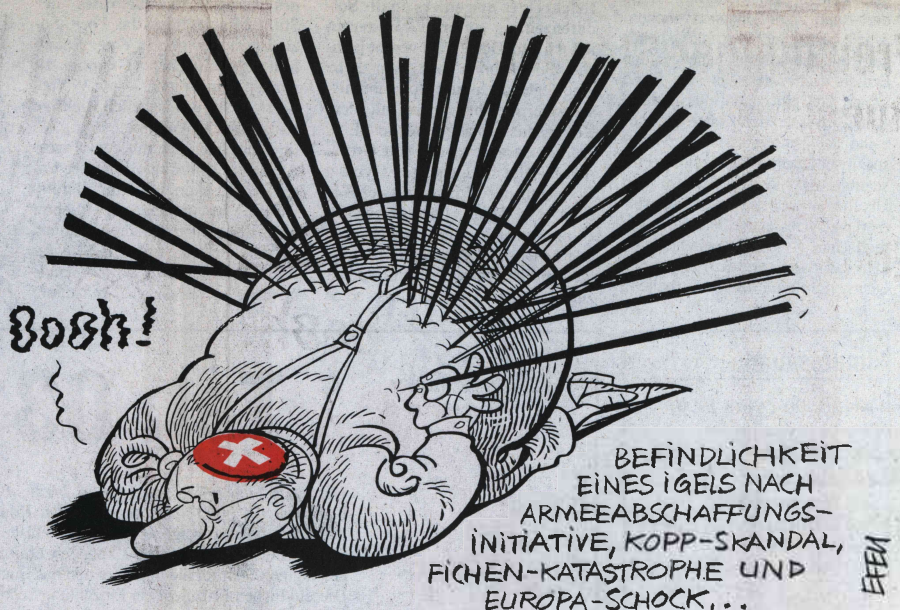
Seite 4

EMD-Fichenlager in den
Territorialzonen

Seite 5

Rotes Zürich: Dem KK 3
an den Kragen

Seite 7



BEFINDLICHKEIT
EINES IGELS NACH
ARMEEABSCHAFFUNGS-
INITIATIVE, KOPP-SKANDAL,
FICHEN-KATASTROPHE UND
EUROPA-SCHOCK,...

Für eine kurze Zeit versuchte die politische Rechte in diesem Land den Fichen-Skandal unter ihre Kontrolle zu bekommen. Der Bundesrat verordnete die zeitlich begrenzte Fichen-Einsicht. Er will im übrigen Fichen und Dossiers trotz Historiker-Protest weitgehend zerstören. Die illegale Politische Polizei soll

ohne gesetzliche Grundlage den Sprung ins Computerzeitalter schaffen. Neu wird computerisiert fichiert. Moritz Leuenberger wurde als Fichendelegierter hintenrum abgesägt. Er hatte deutlich eine Einsichtspraxis im Interesse der Registrierten versprochen. Der Vize-Kanzler und provisorische Fichen-

delegierte Couchepin verfügte den weitgehenden Spitzelschutz. Und zum Dessert ernannte der Bundesrat den alten Opus-Dei-Sympi Walter Gut ausgerechnet zum Fichen-Delegierten.

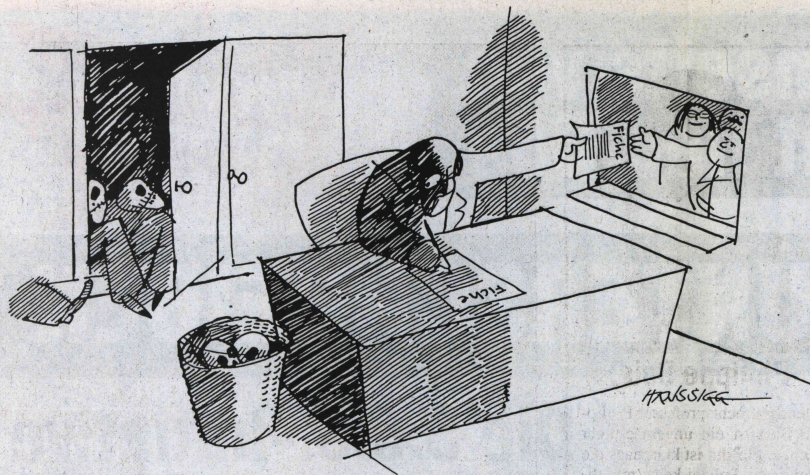
GENUG

So geht es ganz sicher nicht. Deshalb tritt das breit abgestützte Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» diese Woche voll an: Ab dem 24. April werden die Unterschriften für die Volksinitiative

«S.o.S.-Schweiz ohne Schnüffelpolizei» gesammelt. Wir wollen die Unterschriften so schnell wie möglich zusammenbringen. Ende Woche erscheint ein umfangreiches Buch über den Schnüffelstaat. Der Fichen-Fritz bringt in einer Auflage von 100'000 Exemplaren Unterschriftenbogen und Buchbestellungen unter das

Volk. Wir müssen jetzt gemeinsam und breit antreten, damit tiefgreifende politische Reformen möglich werden. Die Chancen waren noch nie so gut wie heute. Wir haben endgültig genug vom Schnüffelstaat Schweiz, der sich ausgerechnet 1991 selber feiern lassen will. Abschied nehmen fällt nicht schwer.

Jenseits von Gut und Böses



Er selbst, ein Mann, der sich in seiner gepflegten Ausdrucksweise gerne der lateinischen Sprache bedient, redet von einem «Nobile Officium» – einer noblen Pflicht – im Dienste des Staates. Nobile müsse aber eher mit einem kleinen «n» geschrieben werden, denn begeistert sei er nicht, es sei nämlich «keine faszinierende Aufgabe», die erst noch seine Pensionierungspläne durchkreuze. Das ganze Fichenunwesen habe ihn bisher so wenig bekümmert, dass er kein Einsichtsgesuch gestellt habe. Es interessiere ihn nicht, ob über ihn eine Fiche bestehe. Er werde es sogar vermeiden, gestand er, in seiner neuen Funktion nachzuforschen, ob über ihn eine Fiche existiere.

Der Fichen-Fritz stellt fest: wirklich ideale Voraussetzungen, um das Interesse von Bürgern wahrzunehmen, die über Jahre und Jahrzehnte, meistens beim Ausüben ihrer demokratischen Rechte, von diesem Staat beschnüffelt, bespitzelt und verunglimpft wurden!

Wir werden also nie erfahren, ob die Bupo vom obersten Fichen-Mann behauptet, er trinke abends gern ein Bier oder schaue gar den Frauen nach. Wenn es eine Fiche Walter Gut gibt, dann müsste darin stehen, dass er dem vaterländisch-katholisch-konservativen Milieu spezifisch luzernischen Prägung entstammt, dass er als Student den Übernamen «Bös» trug und Jus studiert hat, dass er Redaktor der katholischen Intellektuellenpostille «Civitas» war, am Kriminal- und Obergericht von Luzern arbeitete,

CVP-Präsidentin Eva Segmüller erblickt den «idealen Mann» für die Aufgabe, SVP-Generalsekretär Max Friedli gibt sich «befriedigt» und FDP-Generalsekretär Christian Kauter spricht von einer «guten Lösung». Die Herrschaften sind bedient. Fichendelegierter wurde Walter Gut (63), dem die Presse attestiert, ein loyaler Staatsbürger zu sein und der bestimmt genau das machen wird, was ihm der Bundesrat, die Bundesanwaltschaft und das EMD nahelegen werden.

zum Staatsanwalt des Kantons Luzern aufrückte und schliesslich zum Regierungsrat, Abteilung Erziehungsdirektion, gewählt wurde. Und natürlich, dass er in der Armee im Rang eines Obersten der Militärjustiz zugeteilt ist.

Da wir seine Fiche nie sehen werden, sind wir auf das angewiesen, was er öffentlich getan und geschrieben hat. Öffentlich hat er beispielsweise 1972 als Grossrichter vor dem Divisionsgericht 9A den Luftschutz-Oberleutnant A. M. verurteilt, weil dieser einen offensichtlich verfassungswidrigen Befehl eines Brigadiers an die Soldatenzeitung «offensiv» weitergeleitet hatte. Der Befehl verbot jegliche Publikation über dienstliche Angelegenheiten und Vorkommnisse, sofern nicht vorher mit dem Kommandanten abgesprochen. Eine Zensurmassnahme, die von Grossrichter Gut gutgeheissen wurde. Oberleutnant A. M. fasste zwei Wochen Gefängnis bedingt wegen «Ungehorsams gegen militärische und behördliche Massnahmen». Da die militärischen Voruntersucher zum Schluss kamen, dass seine

«ausgeprägte Kritikfreudigkeit eher destruktiv» sei, wurde er zudem zu einer anderen Einheit abkommandiert.

Auch als Erziehungsdirektor erwies sich Walter Gut als Hardliner. Als ein Luzerner Seminarlehrer, der mit fadenscheinigen Begründungen am kantonalen Lehrerseminar nicht mehr beschäftigt wurde, ein Angebot zur Mitarbeit bei der Zentralschweizerischen Beratungsstelle für Schulfragen erhielt, blockte Gut ab. Der Lehrer, ein Offizier der Schweizer Armee und Mitglied des Grossen Kirchenrates der Stadt Luzern, hatte das Pech, Sozialist zu sein und in einer linken bildungspolitischen Gruppe zu wirken. Das passe – so Walter Gut – nicht für eine solche wichtige pädagogische Aufgabe.

In einem Interview mit dem Tages-Anzeiger rechtfertigte 1977 der Luzerner Erziehungsdirektor Berufsverbote für unbotmässige Lehrer unter anderem mit dem Argument, es gehe nicht an, «dass ein Lehrer seine Machtstellung in der Schule benützt, um die Gesellschaft direkt

oder unmittelbar verändern zu wollen...». Und wehe, wenn eine oder einer sich erlaubt, mit einem Freund oder einer Freundin zu leben, ohne mit ihm/ihr verheiratet zu sein. Dann hat Walter Gut «sowohl vom positiv-rechtlichen wie auch vom ethisch-religiösen Standpunkt aus Verständnis für eine Schulpflege, die bei der Prüfung der erzieherischen Qualifikation dieses Kriterium der Lebensführung ebenfalls beachtet.» Dem Postulat «durch die Schule müsse die Gesellschaft verändert werden», gestand er schon 1976 in der NZZ, «muss man mit aller Entschiedenheit entgegenreten.»

Unter öffentlichen Beschuss geriet Formaljurist Walter Gut 1979, als er mit zwei Briefen dem «Verein Internationales Tagungszentrum» (VIT) bekannt gab, der Luzerner Regierungsrat unterstütze deren Pläne für den Bau eines Tagungszentrums in Schongau. Das Zentrum war als Ableger des geheimbündlerischen katholischen Integrationsclubs «Opus Dei» gedacht, «ein logenähnliches Gebilde», wie es der verstorbene katholische Theologe Hans Urs von Balthasar genannt hatte. In einem «vereinfachten Verfahren ohne Abstimmung» hatten Luzerner Behörden den in der Landwirtschaftszone liegenden und als Tagungszentrum auszubauenden Mooshof in Schongau kurzerhand in Bauland umgewandelt. Das Zürcher Bezirksgericht warf Walter Gut in seinem Urteil, mit dem es eine Zivilklage des VIT gegen den Zürcher «Tages-Anzeiger» vollumfänglich ablehnte, «fragwürdiges Verhalten» vor. Was Gut als «ungehörig» empfand.

Der Fichen-Fritz meint: Note ungenügend. Und was die Qualifikation für das Amt des Fichendelegierten betrifft: jenseits von Gut und Böses.

Der grösste Lump im ganzen Land...

... ist und bleibt der Denunziant

Von einem Fichendelegierten erwarten die bespitzelten Bürger, dass er ihnen zu ihrem Recht verhilft. Dies war auch die Absicht des ersten Delegierten, Moritz Leuenberger, der dann aus den bekannt gewordenen Gründen das Handtuch warf. Seine Absicht war nicht, mit dem dicken Schwarzstift die Denunzianten zu schützen, sondern das Recht und die Würde der bespitzelten Bürger. Die Vergangenheit des Luzerner Lückenbüssers Walter Gut lässt «Böses» ahnen. Bisher hat er sich vor allem als Hardliner gegen kritische Soldaten und politisch links stehende Lehrer einen Namen gemacht. Gut oder Böses, die Forderung bleibt bestehen: volle Einsicht in alle Fichen und Dossiers, kein Schutz für Spitzel und Denunzianten. Denn der grösste Lump...

Impressum

Nr. 2/1990, (April 1990)

Erscheint mindestens vierteljährlich

Herausgeber:

Komitee gegen den Schnüffelstaat
Postfach 6948,
3001 Bern

Redaktion:

Peter Bodenmann
Jürg Frischknecht
Reto Gamma
Gerardo Zanetti

Satz und Layout:

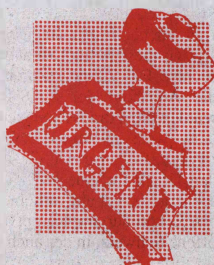
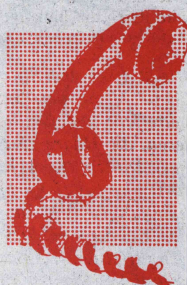
Alternative Uri unter Mithilfe der Roten Annelies Brig

Druck:

ropress Zürich

Achtung:

Ca. 500 Zeitungen sind nicht zustellbar, weil auf den Einzahlungsscheinen die Adressen unvollständig oder unlesbar sind. Wer den Fichen-Fritz vermisst, soll sich bitte beim Sekretariat melden.



Tel. 031 / 45 48 58

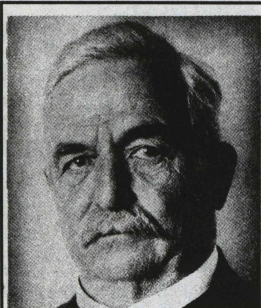
Der letzte Fichen-Fritz kam gut an. Nichts beweist dies besser als die 5000 Menschen, die dem Komitee gegen den Schnüffelstaat beigetreten sind. Die bisher eingetroffenen Mitgliederbeiträge und Spenden ermöglichen uns einen guten Start für die Initiative und das Buch. Diesem Fichen-Fritz liegt ein Einzahlungsschein bei. Dies für alle jene, welche ein oder mehrere Bücher bestellen wollen oder neu dem Komitee beitreten. Kathrin Weber ist zuständig für das Sekretariat in Bern. Wer weitere Unterschriftenbögen oder sonst Auskünfte

braucht, kann mit uns auch telephonisch Kontakt aufnehmen. Wir sind für jede Unterstützung froh. Wir schreiben heute Samstag den 21. April. In Bern bereitet das Sekretariat den Start der Initiative vor. In Zürich werden die letzten Seiten des Buches **Schnüffelstaat Schweiz – Hundert Jahre sind genug belichtet**. Im Kanton Uri – im Herzen der Schweiz – wird der **Fichen-Fritz** mit Ventura produziert. In Lausanne **fiche et fouine** mit page-maker. Der Fortschritt – zumindest der technische – ist nur schwer aufzuhalten...

Poststempel: 2. 5. 90

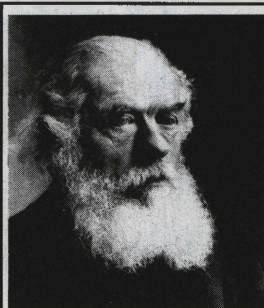
Die Politische Polizei ist so alt wie der 1. Mai. Die staatlich bezahlten Schnüffler überwachten vorab und vor allem die Linke. Nicht verwunderlich, dass viele 1.Mai-Feiern die notwendige Abschaffung der Politischen Polizei ins Zentrum ihrer Veranstaltungen rückten. Eine gute Gelegenheit, um Unterschriften zu sammeln. Mindestens so wichtig: Der 2. Mai 1990 ist der erste Termin für die Rücksendung der Unterschriften-Bögen. Des-

halb gilt: Alle bis dahin gesammelten Unterschriften nach Bern schicken. Der Fichen-Fritz möchte den Wonnemonat Mai mit einer ersten guten Zwischenzeit beginnen und hofft auf seine treuen Leserinnen und Leser in der ganzen Schweiz. Übrigens: Der Fichen-Fritz erscheint mindestens vier Mal jährlich. Wer ihn künftig erhalten will, sollte dem Komitee beitreten.



Eduard Müller:

1885 untersuchte der nachmalige freisinnige Bundesrat Eduard Müller im Auftrag des Bundesrates Massnahmen, die gegen den Anarchismus zu treffen seien. Müller kam zum Schluss, dass die Anwendung des Strafrechtes genüge, dass es keine politische Polizei brauche.



Herman Greulich:

Für SP-Nationalrat Herman Greulich war die Politische Polizei ein «Krebsschaden». Für Greulich war schon zu Beginn des Jahrhunderts die notwendige Abschaffung der Politischen Polizei kein sozialistisches, sondern ein urliberales Postulat. Das ist es noch heute.



Philippe Bois:

Der Strafrechtsprofessor Philippe Bois ist ein unverdächtig Zeuge. Für ihn ist klar, dass die Politische Polizei keine rechtliche Grundlage besitzt. Wer sie weiterhin will, müsste ein Staatsschutzgesetz schaffen. Die Bürgerlichen haben vor einer Volksabstimmung Angst.

WENIGER SCHNÜFFEL- STAAT

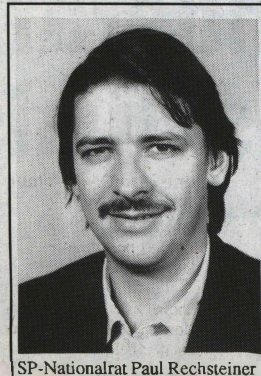
☛ Eine Milliarde sparen

☛ 500'000 Registrierte weniger in der Schweiz

☛ Hunderte von Polizisten frei für Kampf gegen Geldwäscher

Interview mit Paul Rechsteiner

«Politische Polizei ist illegal. Höchste Zeit sie abzuschaffen.»



SP-Nationalrat Paul Rechsteiner

Wie ist die Bundespolizei heute organisiert?

Wir haben einerseits die gerichtliche Polizei und andererseits die Politische Polizei. Die gerichtliche Polizei ist die ordentliche, die «gewöhnliche» Polizei. Sie darf nur tätig werden, wenn ein Delikt des Strafgesetzbuches samt konkretem Tatverdacht vorliegt. Anders die Politische Polizei. Sie überwacht vorbeugend die gesamte Opposition im Land. Vor ihren Nachstellungen ist – wie der PUK 1-Bericht zeigt – niemand in der Schweiz sicher. Man sollte ihre riesigen, angeblich dilettantischen Datensammlungen nicht unterschätzen. Viele Bewegte in diesem Land verloren in der Vergangenheit Arbeitsstellen oder wurden erst gar nicht angestellt. Über 7500 von uns sind in der sogenannten Extremistenkartei des EMD registriert. Sie wären in einem vom Militär selbst definierten Konflikt-

Der Text der Initiative ist klar: Die Politische Polizei ist abgeschafft. Für die Rechten geht die Initiative zu weit. Verständlich: Sie wollen eine Polizei beibehalten, welche die Opposition überwacht. Für andere ist die Initiative zu wenig radikal, weil sie ausdrücklich festhält, dass die Verfolgung strafbarer Handlungen ausgenommen wird. Fichen-Fritz unterhielt sich mit SP-Nationalrat Paul Rechsteiner über die Initiative für eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei.

fall interniert worden. Da hört jede Verharmlosung auf.

Wieviele Leute sind in diesem Laden tätig? Was kostet uns die Politische Polizei?

Das Wirtschaftsmagazin «cash» hat ausgerechnet, dass uns die Politische Polizei seit dem 2. Weltkrieg inflationsbereinigt 1000 Millionen Franken gekostet hat. Vielleicht sind es ein paar mehr oder ein paar weniger. Das ist schwer zu sagen; sicher ist, dass die Politische Polizei in allen Kantonen und grossen Städten Zulieferbetriebe samt einem ganzen Spitzelnetz unterhalten, die ihre wahren Kosten gut vertuschen. Gesamthaft dürften sich heute noch mehr als 200 Polizisten mit unserer Überwachung beschäftigen.

Welche gesetzliche Grundlage hat die Politische Polizei?

Es gibt in der Schweiz kein Staatsschutzgesetz. Das Volk hat alle entsprechenden Gesetze immer abgelehnt. Denken wir nur an die beiden Lex Häberlin in den dreissiger Jahren und die Busipo 1978. Die Politische Polizei hat heute nachweislich keine gesetzliche Grundlage. Sie ist schlicht und einfach illegal. Trotzdem existiert sie. Und weil die Bürgerlichen sie weder abschaffen, noch wirklich ein Staatsschutzge-

set vorlegen wollen, braucht es diese Initiative. Das Volk kann nur mitreden, wenn wir im wahrsten Sinne des Wortes initiativ werden.

Die Initiative will nicht nur die Politische Polizei abschaffen. Sie hält gleichzeitig fest: «Niemand darf bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden.» Warum diese Formulierung?

Die Initiative würde bei ihrer Annahme ein neues Grundrecht schaffen, welches alle demokratischen Rechte im weiten Sinn schützen würde. Etwa auch das Recht unregistriert zu demonstrieren. Dieses Grundrecht wäre individuell einklagbar. Das ist ein enormer Fortschritt. Die Initiative verhindert die computerisierte Rasterfahndung, weil hier Menschen in die Untersuchung einbezogen werden, gegen die gar kein Verdacht vorliegt. Mindestens so wichtig ist aber ein zweiter Punkt: Den Bürgerlichen ist zur Zeit nicht mehr wohl. Sie möchten die Politische Polizei zwar nicht abschaffen, aber wenigstens umtaufen. Für Bundesrat Koller handelt es sich um einen «sehr, sehr unglücklichen Begriff». Die Initiative verhindert, dass andere Stellen des Bundes und der Kantone die bisherigen Aufgaben der Politischen Polizei

Die Schweiz bewegt sich. Daran gibt es keinen Zweifel. 35'000 an der Demo in Bern. 350'000 Einsichtsbegehren im Bundeshaus. Und jetzt in der gleichen Woche das Buch über den Schnüffelstaat mit einer Startauflage von 25'000 sowie Startschuss für die Initiative S.o.S. Schweiz ohne Schnüffelpolizei. Beide begleitet durch 100'000 landesweit verbreitete Fichen-Fritze. Einige Kommentatoren sind der Ansicht: Die Schweiz sollte sich wieder wichtiger Themen zuwenden. Nicht zuletzt deshalb wollen wir die Unterschriften für

Die Initiative hält in einem 3. Absatz ausdrücklich fest: «Die Verfolgung strafbarer Handlungen bleibt vorbehalten.» Warum dieser Satz?

Niemand hat je bestritten: Dieser Grundsatz gilt unabhängig davon ob er in der Initiative steht oder nicht. Trotzdem gehört er in die Initiative. Der Grund: Die Rechte versucht immer wieder und bewusst den falschen Eindruck zu erwecken, die Polizei sei bei Annahme der Initiative im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel machtlos. Dabei sind Gewalttaten in der Regel Delikte und auch der Drogenhandel wird durch die Initiative vor Strafverfolgung nicht geschützt.

Die Artikel des Strafgesetzbuches, welche den Staatsschutz betreffen, lassen allen, die sie lesen, die Haare zu Berge stehen. Die Delikte sind weit gefasst und selbst Vorbereitungs-handlungen strafbar. Wie steht das Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat zu diesem strafrechtlichen Staatsschutz?

Unter kompetenten Strafrechtsprofessoren besteht weitgehend Einigkeit: Die einschlägigen Artikel des Strafgesetzbuches gehen viel zu weit. Lieber früher als später müssen wir diese Artikel zu ändern versuchen. Das Zustandekommen und die Annahme der S.o.S.-Initiative würden die Voraussetzungen für eine notwendige Reform massiv verbessern. Genauso wie die Initiative den Druck für eine griffige Datenschutzgesetzgebung erhöht. Sie ist ein Eckpfeiler im Kampf für eine offene Schweiz, in der auch die Opposition unregistriert ihren Platz hat.

SUBITO

diese Initiative so schnell wie möglich zusammenbringen. Dies mit einem zweifachen Ziel:

- Die wenn immer möglich schnellste Initiative der Schweiz soll aufzeigen, dass dieses Thema Hunderttausenden von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land unter den Fingern brennt.
- Sofort nach der Hinterlegung der S.o.S.-Initiative müssen wir den Spieß umdrehen: Jawohl das Thema muss vom Tisch. Und zwar für immer. Das Volk muss noch vor Ende 1991 über die illegal aus- und aufgebaute Politische Polizei abstimmen.

Europa bewegt sich. Bürokratische Systeme brechen zusammen. Alte Feindbilder werden vom Gang der Geschichte weggeblasen. Auch die Schweiz braucht frischen Wind, damit eine offene und demokratische Gesellschaft möglich wird.

Deshalb die Bitte an alle Leserinnen und Leser, sich auf die Socken zu machen. Wir wollen die Unterschriften für diese gute und notwendige Initiative möglichst schnell zusammenbringen.

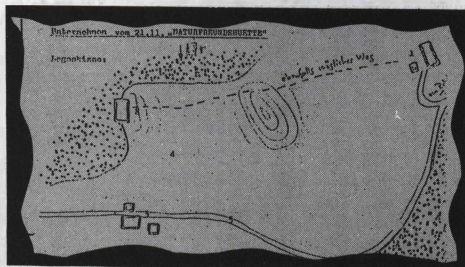
Juristische Hilfe

Das Buch des Komitees *Schluss mit dem Schnüffelstaat* enthält umfangreiche juristische Tipps. Zusätzlich haben sich bis heute über 60 Anwältinnen und Anwälte bereit erklärt, Mandate zu übernehmen und Beratung zu leisten bei allen Problemen in Zusammenhang mit der Fichen-Einsicht. Vermittelt wird die Adressliste durch folgende Kontaktadressen:

Generalsekretariat der DJS
rue de Lausanne 18
1700 Fribourg
Tel. 037 / 23 13 66
Sekretariat des Komitees
Schluss mit dem
Schnüffelstaat
Postfach 6948
3001 Bern
Tel. 031 / 45 48 58

Auszüge aus den Berichten der minderjährigen Rüesch-Spitzel

Bericht Hans:



«Um zwei Uhr nachmittags rief mich Adrian an, ob ich Zeit hätte, der Naturfreundehütte Kaien einen Besuch abzustatten, da wieder eine Zusammenkunft geplant sei. Um vier Uhr fuhren wir (Adrian, Valentin, Martin, Herr Rüesch (Chauffeur) und ich) von der Kantonsschule ab. Über Rehetobel gelangten wir bei ziemlich heftigem Schneefall nach Kaien. Nachdem Herr Rüesch abgefahren war, gelangten wir zu Fuss zum Bauernhaus (1). Bemerkenswerterweise fragte die Bäuerin, ohne von uns angesprochen worden zu sein, ob wir zur NF-Hütte wollten. Sie erklärte uns den Weg, und über die Strasse von der Skizze gelangten wir bald zum Bauernhaus (3). Dort erkundigten wir uns nochmals nach der Hütte und zogen weitere Erkundigungen ein. Bald darauf standen wir vor der Hütte (2). Die Tür war angelehnt und nach mehrmaligem Läuten und Klopfen traten wir ein und stellten fest, dass niemand im Haus war. ...

Wir verliessen das Haus. Es war auch keinen Augenblick zu früh, denn als wir den Abhang zum Bauernhaus (3) hinuntergingen, sahen wir durch den dichten Schneefall und in der Dämmerung bereits die ersten Ankömmlinge (4). Wir hielten die Schirme etwas tiefer und marschierten mit kurzem Gruss an ihnen vorbei. Ich erkannte in dieser ersten Gruppe Rüdissühli und ein Mädchen, das mit mir den Russischkurs besucht. Wir stellten uns dann beim Bauernhaus auf, nachdem wir die Nummer des ersten Wagens notiert hatten. Dort warteten wir auf die Ankunft weiterer Wagen. Wir bewegten uns auf der Strasse hin und her, indem wir solange Richtung Rehetobel wanderten, bis uns ein Wagen begegnete. Dann kehrten wir zurück und notierten uns die Nummer. ...

Wir schrieben noch einige Nummern ab und entfernten uns vom Bauernhaus westwärts. Unterwegs begegneten wir noch einigen Ankömmlingen, die zu Fuss unterwegs waren. (5).»

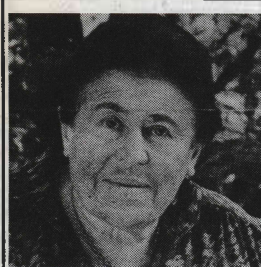
Bericht Adrian:

«Ich kann mit meinem Bericht dort einsetzen, wo Valentin und Hans uns unserem Schicksal überlassen haben, da Hans die Vorgeschichte ja bereits mit lebhaften Worten geschildert hat. Zuerst vielleicht, wie ich zu den Informationen über die Kursreihe gekommen bin: Mein Vater brachte eines Tages vom Bezirksvorstand der Freisinnigen Partei (Bezirk Rorschach) heim, ein gewisser Herr Huber habe ihm erzählt, der Direktor der Starrag, Herr Dir. Widmer, sei bei einem Familienschlauch mit seinen Kindern an einem Sonntag in der NF-Hütte an einen Kurs linker Kräfte herangestolpert. Sofort beauftragte ich Vater damit, diesen Dir. Widmer etwas auszuquetschen. Dieser wollte aber plötzlich nicht mehr und erklärte: «Wir würden mit den Jungen gescheiter etwas Konstruktives schaffen, als diesen Dingen nachzuspionieren.» Als Widmer auch durch 3malige Belästigung nicht dazu zu bewegen war, nähere Angaben zu machen, kam Herr Huber unter die Räder meiner Neugierde. Er war etwas gesprächiger. (Vater traute ihm zwar nicht ganz). Er berichtete: Chef der Hausverwaltung (also für die Vermietung zuständig) sei Jürg Blattner (Goldach, Tel. 071 41 24 66); dessen Eltern stehen übrigens bei den Sozialdemokraten auf ultra linkem Kurs. ...

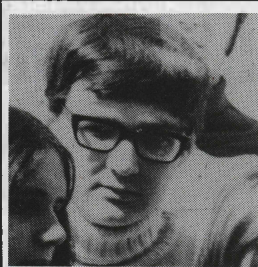
Nun zurück zum 21. Nov. Kurz nachdem Valentin und Hans die Hütte verlassen hatten, erschienen die ersten Kursteilnehmer. Es waren Werner Rüdissühli und einer aus Rorschach, den ich nur unter dem Spitznamen 'Böhmi' kenne. Der Hüttenwart erzählte uns, die Kurse dauerten ca. von Samstag 18 Uhr bis Sonntag 15 Uhr. Es kämen Leute von überall her, so auch aus Lindau. Das Thema des letzten Kurses sei Kindererziehung gewesen. Es hätten ein Dr. Rothschild und ein Deutscher referiert. Dieses Mal würde über Gewerkschaften diskutiert. Es kamen immer mehr Linke an, die sich jedoch im Nebenzimmer niederliessen. Zu Beginn konnten wir aus ihren Diskussionen einige Gesprächsbrocken aufschneiden. ...

Es erschien auch der alte Pinkus auf der Bildfläche. Er bot verschiedene Bücher zum Kauf an. Das Geschäft lief nicht schlecht, Rüdissühli z.B. kaufte eine Gesamtausgabe Engels ab 37.75. Es wurden auch Flugblätter und Broschüren verteilt (kostenlos), die zur Zeit noch bei Valentin sind. Um 19 Uhr 30 gab es Nachschessen. Martin und ich halfen übrigens fleissig mit, den Tisch zu decken, Suppe aufzutragen etc. Wir genossen eine Sonderbewachung, war doch immer ein Mitglied der Basis in unserer Nähe. Als um ca. 20 Uhr 15 einer aus Zürich mit einer Liste die Runde machte, auf der alle, die das erste Mal an einem solchen Kurs teilnahmen, mit Namen, Vornamen, genauer Adresse, Tel. etc., sowie den Vereinen, den sie angehörten, eingetragen wurden, und ausserdem ein «Kursgeld» in der Höhe von 10.- Fr. eingezogen wurde, verdüfteten wir.

Leute, die wir mit Sicherheit identifizieren konnten waren: Werner und Marlies Rüdissühli, Doris Raschle, Christian Sutter, 2 Mädchen aus dem h. 'Böhmi' und Kurz (beide aus Rorschach), der alte Pinkus und Jean Richner. Unterwegs notierten wir noch einige Autnummern, die wir noch am gleichen Abend in St. Gallen mit den von Hans und Valentin abgelesenen verglichen.»



Im Haus der rechtsstehenden Schriftstellerin Salcia Landmann trafen sich 1970 rechte Jugendliche, um im Sinn und Geist von Ernst Cincera tätig zu sein.

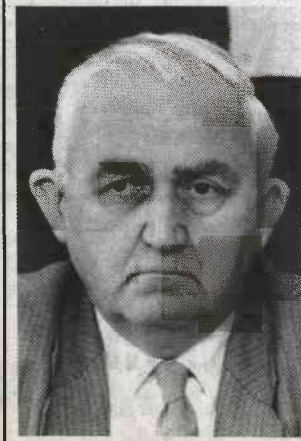


Mit von der Partie war der Sohn von Ernst Rüesch, Adrian. Er ist heute Major im Generalstab und Präsident des st. gallischen Anwaltsverbandes.



Ebenfalls dabei war Konrad Hummler, der es in der Zwischenzeit sogar zum Präsidenten von Trumpf Buur gebracht hat. Früh übt sich.

1970: Kalter Krieg in der Ostschweiz. Der FdP-Mann Ernst Rüesch fuhr Minderjährige zum Einsatz vor Ort :



Ständerat Rüesch als Spitzel-Taxi-Driver

Ernst Rüesch stammt aus dem Kanton St. Gallen. Der stramme alt-Regierungsrat hat es in der Armee bis zum Brigadier gebracht. Der weit rechts stehende Ständerat vertritt heute den Freisinn sogar in der PUK 1 des Moritz Leuenberger. Unglaublich aber wahr: 1970 fuhr Rüesch minderjährige Jugendliche zum Spitzel-einsatz vor Ort, um eine Bildungsveranstaltung im Haus der Naturfreunde in Kaien zu überwachen. Der heutige SP-Kantonsrat Hans Fässler erinnert sich nur zu gut an den Kalten Krieg(er).

Militärisch-pädagogischer Komplex

Zufälle die das Leben schreibt: Wie der Fichen-Delegierte Walter Gut, so war auch Ernst Rüesch in den siebziger Jahren Erziehungsdirektor. Der eine in Luzern, der andere in St. Gallen. Wie Walter Gut so vertrat auch Ernst Rüesch erfolgreich und folgenreich den Standpunkt, dass Dienstverweigerer im Staatsdienst wenig bis nichts zu suchen hätten. Ein Opfer seiner Politik – für welche die St. Gallerinnen und St. Galler treffend den Begriff «militärisch-pädagogischer Komplex» prägten – war jener Hans-Ueli Trüb, der heute als grüner Kantonsrat den Widerstand gegen den Waffenplatz Neuchâtel-Anschwilten mitträgt.

Cincera in St. Gallen

Nach 1968 bewegte sich selbst in der Ostschweiz politisch einiges. Zum Glück. Das beunruhigte die kalten Krieger. Am 5. Mai 1970 referierte etwa Ernst Cincera – eingeladen von der staatsbürgerlichen Gesellschaft – gleich in der Aula der Kantonsschule von St. Gallen.

Im Haus der rechtsbürgerlichen Schriftstellerin Salcia Landmann traf sich zwecks Kampf gegen die Linke ein illustrierter Kreis junger Leute:

- Adrian Rüesch – Sohn des uns bereits bekannten Ernst Rüesch – heute Major und Präsident der St. Galler Offiziersgesellschaft.
- Valentin Landmann – Sohn der Salcia Landmann – vielversprechender rechter Jurist bis er auf den Hell-Angels-Trip ging.
- Konrad Hummler – Sohn des damaligen Stadtmanns von St. Gallen – heute strammer Offizier und nichts mehr und nichts weniger als Präsident des Trumpf Buur.

Zu diesem Kreis stiess für kurze Zeit auch der aus einfachen Verhältnissen stammende Hans Fässler, der sich erinnert: «Ich war damals ein sechzehnjähriger Gymnasiast, ein braver und interessierter Schüler, aber ziemlich unpolitisch und auf der Suche nach einem Weltbild. Als Mitschüler an mich herantraten und mich fragten, ob ich nicht in ihrer illustren Gruppe mitmachen wollte, fühlte ich mich ziemlich geschmeichelt. Mein Vater – ein Biezer, aber kein Linker – fand schon damals, diese 'Mehrbesseren' seien kein Umgang für mich. Nach einiger Zeit verlor ich das Interesse an dieser Art von Freizeitgestaltung.»

Taxi-Fahrer Rüesch

An einem Samstag im November 1970 fuhr der nachmalige Regierungsrat und Ständerat Ernst Rüesch seinen Sohn Adrian zusammen mit Valentin Landmann und Hans Fässler mit seinem Auto zu einem Spitzeleinsatz nach Kaien. Überwacht wurde eine Bildungsveranstaltung im Haus der Naturfreunde. Sowohl Adrian Rüesch wie Hans Fässler erstellten schriftliche Berichte, die der Fichen-Fritz nebstehend teilweise abdruckt.

Hans Fässler will den Spuren der Vergangenheit nachgehen: Ich habe mich mit den darin erwähnten Personen der Linken in Verbindung gesetzt, und wir werden versuchen herauszufinden, welchen Weg die verschiedenen Informationen genommen haben. Ins Cincera-Archiv an der Englischviertelstrasse? Ins Archiv des kantonalen Nachrichtendienstes? Oder direkt zur Bundesanwaltschaft? Der Fichen-Fritz wird – sobald erste Resultate vorliegen – seinen Leserinnen und Lesern weiterberichten.

Ausreisser oder Sittenbild?

Dank Hans Fässler kennen wir diese Geschichte. Sie ist keine Ausnahme, zeigt auf, wie umfassend der Kalte Krieg die politische Landschaft prägte. Sie zeigt auch, wie wichtig es ist, dass der Fichendelegierte nicht einfach Spitzel und Informationsbeschaffer wie Taxi-Driver Ernst Rüesch abdecken darf. Nicht zuletzt, weil die Akteure von damals im heutigen politischen Leben noch eine wichtige Rolle spielen, wenn wir etwa an das PUK-Mitglied Ernst Rüesch denken. Vielleicht wirkte der sonst laut polternde Rüesch in der parlamentarischen Untersuchungskommission nur deshalb so lendenlahm, weil er nur zu gut um seine eigene Spitzel-Vergangenheit wusste.

Das Buch zum Fichen-Skandal

Auf 256 Seiten wird in vier Teilen ein umfassender Überblick über die flächendeckende staatliche Schnüffelei in der ältesten Demokratie geboten: ein historischer Teil mit aufschlussreichen Streiflichtern auf die Geschichte der Bupo, eine aktuelle Ausleuchtung der Schnüffelpolitiken, eine Auslegung der Zukunftsszenarien und ein Dienstleistungsteil mit allem Wissenswerten über das «Schweizerische Fichereiwesen». Dazu veröffentlicht das Buch rund ein Dutzend Zwischentexte zum Thema von Albert Steck (1888), dem Grütliverein (1891), Herman Greulich (1905), J. R. von Salis (1968), Hans Tschäni (1972), Kurt Marti (1973), Niklaus Meienberg (1976) – sowie aktuell von Hans Saner, Erich Gruner, Hans-Rudolf Hilty, Max Frisch, Mariella Mehr, Gerold Späth und Franz Hohler.

«Schnüffelstaat Schweiz»

- hilft Fichen lesen und erklärt, was die Stempelchen *, O, V, S und ss bedeuten
- erklärt mit rechtlichen Tips, wie man an seine Akten kommt

- veröffentlicht die bis heute geheimen Zusatzparagrafen zum Radikalerlass von 1950
- bringt erstmals die Weisungen von alt Bundesanwalt Gerber über die Zusammenarbeit mit den Kantonen
- dokumentiert detailliert die Umtriebe der 28 Nachrichtendienste in den Kantonen sowie in den Städten Zürich und Bern
- listet erstmals umfassend auf, wie total AusländerInnen erfasst werden
- bringt die Geschichte von zwei Regierungsräten einmal als Spitzel-Chauffeur, einmal als Spitzel-Opfer
- zeigt an konkreten Fichen und Fällen den Wahnsinn hiesiger Schnüffelei und liefert ein Register der Register
- bringt in Faksimile die Beweise, dass im EMD noch ganz anderes gelagert wird
- weist die PUK-EMD auf die Tatsache hin, dass die Territorialzonen eigene Nachrichtendienste weit weg vom EMD-

Pentagon unterhalten

- liest die Fiche Bachmann Albert vom Proletarierbub bis zum Spionageoberst
- geht der unglaublichen Berufsverbotschichte des Taxifahrers nach, der eigentlich Jurist und nicht Drogenhändler ist
- begleitet den Asylbewerber Ali, der in die Observierungsmaschinerie der Bupo geriet, die keinerlei Beweise hatte (und auch keine fand)
- zeigt an der Geschichte der ersten Staatsschutz-PUK (in Zürich 1905), dass sich Polit-Polizisten nicht an die parlamentarische Leine nehmen lassen
- breitet erstmals die Familiensaga der Heussers aus, welche die Polit-Polizei in Zürich von 1920 bis 1979 massgeblich prägten und durch Fichenklau sogar das Rote Zürich von 1928 austricksten
- belegt mit bisher unveröffentlichten Sitzungsprotokollen, wie die Bürgerlichen den Kalten Krieg und das Schreckgespenst Moskau um 1950 herum

dazu benutzen, die Sozialdemokraten weiter an den Staat zu binden

- weist nach, dass die Bupo bei Befreiungskämpfen stets auf der falschen Seite stand und am Tod von algerischen Patrioten mitschuldig ist

- dokumentiert die Verlogenheit eines Kurt Furgler, der Cinceras Spitzel verdammt und Bupo-Spitzel ermunterte

- erinnert daran, dass das Volk bereits dreimal Nein zu mehr Staatsschutz sagte

- hat den Stand der Computerisierungspläne recherchiert, an der die Bupo im Verein mit dem Polizei-Europa arbeitet

- wamt vor Illusionen eines Datenschutzes, den bisher vor allem die Datenbenützer für ihre Interessen zurechtbogen

- nimmt die Staatsschutzartikel im Strafgesetzbuch auseinander, die es bei nächster Gelegenheit zu kippen gilt.

Komitee
Schluss mit dem
Schnüffelstaat

**Schnüffelstaat
Schweiz**

Hundert Jahre sind genug

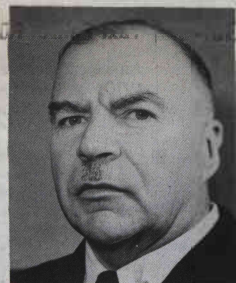
20 Fr. einzahlen-
Buch kommt umgehend portofrei

Limmat Verlag



Otto Heusser – ein Mann der rechten Tat

Der Zürcher Fichen-Klau von anno 1928



lauf der Jahre rückte Heusser zum SVV-Zentralpräsidenten auf.

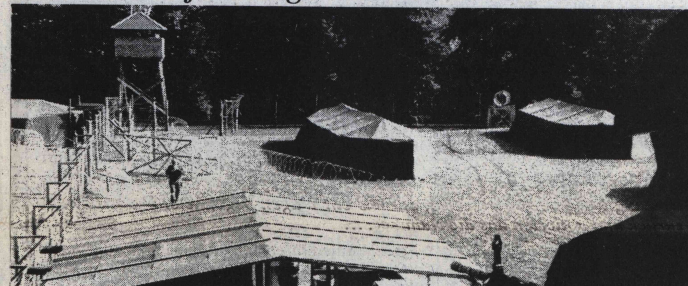
Als Polizeiinspektor, wie als SVV-Mitglied stand sein Wirken ganz im Kampf gegen den «Linksextremismus», zu dem er auch die Sozialdemokratie zählte. Kein Wunder deshalb, dass der «Linkenfresser» entlassen wurde, als die Zürcher 1928 einen «roten» Stadtrat wählten. Bei der Räumung seines Büros veranlasste Heusser seinen untergebenen Kanzleichef Hans Wintsch, sämtliche politischen Akten abzutransportieren, weil seinem sozialdemokratischen Nachfolger Albert Wiesendanger nicht vertraut werden könne. Wintsch gehorchte, füllte vier Autoladungen mit Akten und brachte sie erst zu Heusser nach Hause, später – nicht etwa in ein Kloster – direkt zur Bundesanwaltschaft nach Bern, die das umfangreiche Zürcher Aktenbündel in ihre Bestände aufnahm. Wintsch blieb Kanzleichef und wechselte sogar vorübergehend in die sozialdemokratische Partei, der sein neuer Chef Wiesendanger angehörte.

Otto Heusser seinerseits brauchte das Hemd nicht zu wechseln. Er wurde Direktor der Strafanstalt Regensdorf und hatte dort vermehrt Zeit, sich den «vaterländischen» Umtrieben des SVV zu widmen. Heusser, der schon als Polizeichef den SVV mit Unterlagen über Linke beliefert hatte, konnte nun Wintsch für die Weiterführung der Agententätigkeit gewinnen. Bis 1947 hatte Wintsch für den diskreten Datentransfer von

der Stadtpolizei zum «vaterländischen» Verein insgesamt ein Zubrot von ca. 35'000 Franken verdient. Ende 1947 flog diese Connection auf, Wintsch und SVV-Se-kretär Arnold Huber wurden festgenommen, Heusser verhört.

Zugunsten der Angeklagten sagte vor Gericht unter anderem Bupo-Kommissar Max Maurer aus, zwischen SVV und Bupo habe es eine «vertrauensvolle Zusammenarbeit» gegeben. Und zum Dank für wertvolle Informationen habe die Bupo nicht gezögert, den beiden Angeklagten Informationen zukommen zu lassen. Wintsch erhielt wegen passiver Bestechung zweieinhalb Jahre Gefängnis, SVV-Sekretär Huber wegen aktiver Bestechung ein Jahr. Auftraggeber Heusser hingegen wurde freigesprochen, musste aber 40 Prozent der Verfahrenskosten bezahlen, was die NZZ immerhin «verwunderlich» fand. In der Berufung wurden die Strafen reduziert, weil das Obergericht erkannte, dass Wintsch eher Opfer von Heusser, denn Täter war. Heusser selbst konnte nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Er starb 1949, einige Wochen bevor das Obergericht den Fall neu beurteilte. Diese erste zürcherische Fichen-Affäre hinderte Kurt Heusser, den Sohn von Otto Heusser, der ebenfalls Mitglied des SVV war, nicht, den Fussstapfen seines Vaters zu folgen. Er wurde Major und war bis 1979 Chef des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich.

Eine CH-Erfindung: Miliz-Fichen



12 Fichen-Berge in den Territorialzonen

Die 7500 EMD-Fichierten, die in den kommenden Wochen Post vom EMD-Fichendelegierten Franz Eng erhalten, sind nur die Spitze des EMD-Fichenberges. Der Öffentlichkeit ist es bisher verborgen geblieben, dass eine Miliz-Armee nicht nur aus Miliz-Soldaten, sondern auch aus Miliz-Schnüfflern und Miliz-Aktenschränken besteht.

Die uniformierten Schnüffler sind in den Nachrichtendiensten der Territorialtruppen organisiert. Das ganze Land ist in 12 Territorialzonen eingeteilt, jede Zone hat ihre Territorialtruppe und jede Territorialtruppe ihren Nachrichtendienst – und folglich ihr eigenes Fichenlager. Pikantes Detail: Die kantonalen Staatsschutz-Polizisten sind militärisch im Nachrichtendienst ihrer Territorialzone eingeteilt. Die eine Hand wäscht die andere.

Bereits im Fichen-Fritz Nr. 1 haben Soldaten ausgepackt: Sogenannte «Betreuungseinheiten» der Territorialtruppen planen den Bau von Internierungslagern in der Alpenregion. Offiziell sollen dort Kriegsgefangene und Flüchtlinge «betreut» werden – doch inoffiziell

sind diese Lager mit Stacheldraht und Wachtürmen auch für die «Bewachung von internierten Bevölkerungsteilen aus der Schweiz» verwendbar.

Der Auftrag der Territorialtruppen lautet: Versorgung der Armee mit Nachschub und Kontakt zwischen Armee und zivilen Behörden. Dieser «Kontakt» ist einseitig: Die Territorialtruppen werden im Krisenfall mit besonderer Macht ausgerüstet, die Macht der zivilen Behörden wird drastisch eingeschränkt. In der erst vor zwei Monaten aufgehobenen «Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes» aus dem Jahr 1951 heisst es: «Der Territorialdienst trifft in Fällen, die keinen Aufschub erlauben, vorsorglich die notwendigen sicherheitspolizeilichen Massnahmen zur Wahrung der militärischen Interessen.» Artikel 4 erlaubt es den Truppenkommandanten, im Kriegsfall selbständig für «die Wahrung der Sicherheit» zu sorgen. Artikel 7 bildet die Grundlage für Haus- und Personendurchsuchungen durch die Armee. Und Artikel 12 erklärt den Tarif: «Wer durch sein Verhalten

den Verdacht erregt, er wolle seine Pflichten zum Schutze der Landessicherheit verletzen, kann in Bewachung genommen werden. Es kann ihm ein Zwangsaufenthalt angewiesen werden. Eine Internierung kann nur durch Beschluss des Bundesrates verfügt werden.»

Ohne Listen kein Lager! Für die Internierung von Schweizer BürgerInnen benötigt die Armee Internierungslisten. Und zwar Listen, die im Ernstfall rasch zur Hand sind. Die Kommandanten der Territorialtruppen werden kaum einzeln nach Bern reisen und dort an der Taubenstrasse die Namen der verdächtigen Personen aus ihrer Territorialzone abholen. Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass jede der 12 Territorialzonen eigene Internierungslisten führt. Eng's Auftrag, nur die EMD-Aktenschränke an der Berner Taubenstrasse durchzustöbern, ist zu eng gefasst. Auch die 12 vorerst noch geheimen Taubenschläge der Territorialtruppen müssen ausgemistet werden.

Des Fichers Tod

In Baselland hat der Fichenskandal ein Todesopfer gefordert. Ein 48-jähriger Polizeibeamter, Leiter des Ressorts Staatsschutz bei der Kantonspolizei, nahm sich das Leben, weil gegen ihn wegen Urkundenfälschung und Amtspflichtverletzung ermittelt wurde. Bei einer Nachzählung der rund 10'000 Liestaler Fichen hatte sich herausgestellt, dass deren 1300 fehlten. Der Beamte hatte sie vernichtet. Ob aus eigener Initiative oder auf Druck seiner Auftraggeber, ist bisher nicht bekannt geworden. Auf Druck der Ereignisse hingegen hat Regierungsrat und Polizeidirektor Clemens Stöckli angefangen, eine Forderung des S.o.S.-Komitees zu erfüllen: Die fichierten Baselbieter werden jetzt informiert. Plötzlich muss Stöckli nicht mehr warten, bis aus Bern die Bewilligung eintrifft.

Heraus mit dem Pflichtenheft!

Die Erfahrung, dass die Schnüffler immer nur soviel zugeben, wie man ihnen beweisen kann, haben auch die Mitglieder des Komitees des Kantons Basel-Stadt machen müssen. Obwohl Regierungsrat Schnyder noch im Januar behauptete, es gebe keine kantonale Registratur im Bereich des Staatsschutzes in Basel, hat sich herausgestellt, dass es neben den 50'000 Staatsschutzakten des Spezialdienstes in den Räumlichkeiten des Lohnhofs und der Staatsanwaltschaft insgesamt 170 Registraturen gibt. Der Beweis dafür findet sich im 1983 verfassten sogenannten Anapol-Bericht (Aufwand/Nutzen-Analyse des Polizeikommandos Basel-Stadt). Dort wird auch folgende Empfehlung ausgesprochen: «Zudem sollte der 'Chef Fotodienst des Polizeikommandos' eine Fotodokumentation für den ganzen Bereich des Polizeikommandos anlegen. Aufgrund seiner Nähe zu den Registraturen des Spezialdienstes eignet sich der Fotograf des Spezialdienstes in optima-

Das Fichereiwesen in Stadt und Land

Zahlreiche spontan entstandene kantonale oder regionale Komitees gegen den Schnüffelstaat haben dem Fichen-Fritz Berichte über Zustände, Aktionen und Absichten zukommen lassen, von denen hier einige zusammengefasst sind.

ler Weise.» Unter den diversen Fotokarteien der Basler Polizei figuriert beispielsweise auch eine, die «im Zusammenhang mit der Entsetzung der Alten Stadtgärtnerei» angelegt wurde. Im Anapol-Bericht ist auch von einem Pflichtenheft des Spezialdienstes die Rede. Zitat: «...dabei ist zweckmässigerweise auf die organisatorischen Strukturen der Bundespolizei Rücksicht zu nehmen. Das Pflichtenheft des Spezialdienstes vom 1. September 1978 ist unter diesem Aspekt zu revidieren.» Das Basler Komitee stellt fest: «Regierungsrat Schnyder lügt, wenn er sagt, '... dass die Verantwortung über die ganze Staatsschutz-tätigkeit beim Bund liegt. Deshalb sei es dringend nötig, dass Bern ... so rasch als möglich klare ... Richtlinien erlasse'. Es bestanden klare Richtlinien, festgelegt im Pflichtenheft des Spezialdienstes!» Das Komitee fordert die sofortige Veröffentlichung des Pflichtenheftes: «Dort sind die Richtlinien für das Bespitzen und Beschnüffeln im Kanton Basel-Stadt festgelegt!»

Bei den Fichierten handelt es sich um Leute, die für ihre Arbeit vom Bund beauftragt und auch bezahlt werden. Observiert und fichiert wurden in Schaffhausen also auch Leute, die ihrer vom Staat gesetzlich vorgeschriebenen Tätigkeit nachgehen.

In Sachen Klassenkampf oder Radikalanarchismus

Frisch gegründet wurde das S.o.S.-Komitee Tessin. Im Tessin gibt es nach Aussagen des freisinnigen Regierungsrates Giuseppe Buffi beim Informationsdienst der Kantonspolizei insgesamt 5000 Fichen. Es handle sich dabei ausschliesslich um Kopien von Akten, die im Auftrag der Bundesanwaltschaft erstellt und auch an diese weitergeleitet wurden. Vier vollbeschäftigte Beamte arbeiten in Bellinzona im Informationsdienst im Auftrag der Bundesanwaltschaft und werden alle 14 Tage von Beamten der Bundespolizei besucht, um Instruktionen und Unterlagen entgegenzunehmen. «Nie», sagte Buffi, habe die Tessiner Polizei autonom oder parallel zu den Bundesakten eigene Fichen oder ein eigenes Archiv angelegt. Auf entsprechende Anfrage musste er allerdings relativieren. Es gehe jetzt darum abzuklären, ob die «Kantonspolizei im Rahmen ihrer operativen Autonomie sich immer an die normativen Kriterien gehalten» habe. Und schliesslich musste er auch zugeben, dass es möglicherweise entsprechende Interventionen der Kantonspolizei im Zusammenhang bestimmter politischer Kontexte gegeben haben könnten, zum Beispiel in Bezug auf «Attentate oder Vandalenakte, die auf Intoleranz, Rassismus, Klassenkampf oder Radikalanarchismus» zurückzuführen seien. Seither herrscht Funkstille in Bellinzona. Buffi hat bisher nicht einmal auf eine von zahlreichen linken Grossräten unterzeichnete Anfrage geantwortet.

Gähnende Leere

Auch in Thun wurde ein regionales S.o.S.-Komitee gegründet. Erstes Ziel sei es, am nächsten Wochenende anlässlich der Grossrats- und Regierungsratswahlen im Kanton Bern nicht nur in Thun, sondern auch in den Agglomerationsgemeinden Unterschriften für die S.o.S.-Initiative zu sammeln. Die Grün-

dungsversammlung des S.o.S.-Komitees ist auf Anfang Mai geplant. Ein kleiner Wink: Zurzeit herrscht noch gähnende Leere im S.o.S.-Postcheckkonto Nr. 30-12718-4.

Daten auf Computer

Spannende Ausgangslage im Wallis: Die Bundesanwaltschaft hat gegenüber der PUK 1 und der Öffentlichkeit immer versichert, dass sie keine Daten der Politischen Polizei auf dem Computer gespeichert habe. Umgekehrt steht fest: Der Kanton Wallis hat wie einige wenige andere Kantone seine Schnüffel-Daten bereits auf dem Personal-Computer. Es kann sich folglich gar nicht um Bundesdaten handeln. Wie in Genf wurden diese Computer aus dem Handgeld bezahlt, das man vom Bund für die Bespitzelung der eigenen Bürger erhielt. Hintergrund: Der Bund bereitet seit Jahr und Tag die Computerisierung der politischen Überwachung vor. Das Konzept: Die Erfassung der Daten erfolgt in den Kantonen. Diese werden im zweiten Schritt auf das in Bern bereits angeschaffte Gross-System geladen. Gepannt wartet man im Wallis auf den in diesen Tagen erscheinenden Bericht der Datenschutzkommission.

Drangsalier und einge-schüchtert

«Es ist kein Zufall» schreibt das S.o.S.-Komitee der Region Winterthur, «dass sich in Winterthur ein regionales Komitee 'Schluss mit dem Schnüffelstaat' bereits im Januar bildete. Winterthur erlebte vor sechs Jahren als Folge der sogenannten 'Winterthurer Ereignisse' eine auf Schnüffelei und Hetzerei basierende Aktion gegen Jugendliche, in deren Verlauf klar wurde, dass durch die Bundes- und Kantonspolizei massiv geschnüffelt wurde. Unbequeme Menschen wurden drangsalier und werden noch bis heute immer wieder mit allen möglichen Mitteln eingeschüchtert. So ist es auch nicht verwunderlich, dass unsere Aktionen auf ein überraschend grosses Echo stossen.

Der Winterthurer Stadtrat wollte zuerst gar nicht auf die Fichenaffäre eingehen und versuchte, die Verantwortung abzuschieben. Nach Standaktionen des Komitees, an denen Musterbriefe für Einsichtsgesuche verteilt wurden, erhielt

die Stadt immer mehr solcher Gesuche, so dass schliesslich eine Lösung des Problems gesucht wurde: Jetzt erhalten die Geschädigten einen Brief, wonach die Winterthurer Staatsschutz-Akten an kantonale Behörden in Zürich weitergereicht worden seien. Ein Bescheid, gegen den innert zwanzig Tagen rekuriert werden kann.

Erfolgreich war eine Aktion des Komitees, mit Kleininseraten auf sich aufmerksam zu machen und Hilfe bei 'Fichenproblemen' anzubieten. Verlangt wurden in erster Linie Musterbriefe. Es trafen aber auch Briefe mit materiellen Hinweisen über die Schnüffeltätigkeit in Winterthur ein.»

Kraftprobe im roten Zürich

Das S.o.S.-Regionalkomitee Zürich berichtet, wie der alte bürgerlich dominierte Stadtrat kurz vor der Wahlschlappe noch schnell versuchte, alle Akten von Leuten zu liquidieren, die bis zum 30. April keine Einsicht verlangt haben. Die Mehrheit des neugewählten Gemeinderates will das nun verhindern.



Auf kantonaler Ebene dagegen hat die bürgerliche Mehrheit sämtliche Vorstösse, die sich gegen die politische Polizei richteten, 'gebodigt'. Regierungsrat Hofmann erklärte unumwunden, selbstverständlich würden auch weiterhin Personen, die sich um eine Staatsstelle bewerben, politisch überprüft. Nicht einmal die Bundesanwaltschaft scheint den Zürcher Staatsschützern mehr sicher genug zu sein, denn die Ergebnisse der Ermittlungen gegen die politisch motivierte Gewaltkriminalität werden der Bundesanwaltschaft erst dann wieder mitgeteilt, wenn sichergestellt sei, dass es in diese Erkenntnisse keine Akteneinsicht gebe. Der Kantonsrat lehnte eine automatische Benachrichtigung der Registrierten ebenso ab wie die Überprüfung des Staatsschutzes durch die Geschäftsprüfungskommission.

Das Regionalkomitee Zürich 'Schluss mit dem Schnüffelstaat' tritt am 30. April im Rahmen der 1.-Mai-Veranstaltungen zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Der Historiker Jakob Tanner wird die politische Tiefe der 'Staatsschutz-Krise' auszuloten versuchen, Jürg Frischmecht die Volksinitiative vorstellen.

Die Adressen der Regional-komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat»

Aargau:
Postfach 3110, 5430 Wettingen 3

Basel-Land:
Postfach 496, 4410 Liestal

Basel-Stadt:
c/o BGB, Rebgrasse 1, 4005 Basel

Bern:
c/o SUB, Erlachstr. 9, 3012 Bern,
D. Osterwalder

Graubünden:
Postfach 701, 7002 Chur

Luzern:
c/o Grünes Bündnis, Postfach 31,
6004 Luzern

Romandie:
S.o.S., 11 rue de la Borde,
1018 Lausanne
Sammeladresse für die Regional-komitees Genf, Waadt, Neuchâtel
und Jura

Schaffhausen:
Postfach 82, 8262 Ramsen

Solothurn:
Postfach 747, 4600 Olten
Roter Ziegel, Äusserer Klus 11,
4702 Oensingen

St. Gallen:
Postfach 121, 9004 St. Gallen

Tessin:
c/o Daniele Lucchini, via Rovedo 6,
6600 Locarno

Thun:
Postfach 1190, 3601 Thun

Wallis:
Postfach 441, 3900 Brig

Winterthur:
Postfach 358, Beat Müller,
8402 Winterthur

Zug:
c/o Reto Hunziker, Dammstr. 10,
6300 Zug

Zürich:
Postfach 539, 8028 Zürich

Die bedrohte Alpenwelt

«In der freien Alpenrepublik Graubünden wird seit Jahren geschnüffelt» berichtet das Bündner Komitee. Paradebeispiel ist das Bildungs- und Ferienzentrum Salecina, welches der Nachrichtendienst der Kantonspolizei zugeordnet ist. «Dazu erklärt Regierungsrat, 'Justiz- und Polizeichef Alois Maissen: «Die nachrichtendienstliche Tätigkeit im Zusammenhang mit der Tagungsstätte Salecina in Maloja stützt sich auf einen Auftrag der Bundesanwaltschaft. Beim Nachrichtendienst der Kantonspolizei Graubünden sind entsprechende Informationen vorhanden, die Informationsherrschaft für weitere Auskünfte liegt indessen bei der Bundesanwaltschaft.» Bei gleicher Gelegenheit aber behauptet Maissen, es bestünden keine eigenständigen kantonalen Staatsschutzakten. Offenbar eine Interpretationsfrage darüber, was politischer Staatsschutz und was gerichtliche Kriminalpolizei ist. Dies zeigt die berühmte «Äplerkartei», in der Jahr für Jahr systematisch alle ÄplerInnen erfasst werden. Die Kantonspolizei deklariert diese Kartei als reine Personenkontrolle. Man habe eben festgestellt, «dass sich auf unseren Alpen Betäubungsmittelkonsumenten und polizeilich gesuchte Personen aufhalten sowie Diebesgut versteckt wird.» Als ob das eine Spezialität der ÄplerInnen wäre. Von einer Treuhänder- oder Liegenschaftshändlerkartei ist jedenfalls nichts bekannt geworden.

Das Bündner Komitee: «Die Aufklärungs- und Liquidationsarbeit im Mief des Bündner Staats- und Alpenschutzes gestaltet sich äusserst mühsam. Da hilft nur die eigenössische S.o.S.-Initiative weiter.»

Fiche et Fouine

Parallel zum Fichen-Fritz wird in Lausanne die Zwillingschwester Fiche et Fouine produziert, welche sich schwergewichtig auch mit der Lage in den welschen Kantonen befasst. Mehr darüber in der nächsten Nummer. Wer schon heute alles wissen will, kann einen Fiche et Fouine beim welschen Komitee bestellen. Es lohnt sich allemal.

Versehentlich benachrichtigt

Ein «dicker Hund» wurde in Schaffhausen ausgegraben. «Versehentlich», wie sich der Chef des Informationsdienstes der Schaffhauser Kapo ausdrückte, erhielten auch VertreterInnen des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, die sich mit Flüchtlingen und Asylbewerbern befassen, die schriftliche Mitteilung, sie seien bei der Kantonspolizei und/oder Bundesanwaltschaft fichiert.





Interview mit SP-Gemeinderat Werner Sieg:

«Bis Ende Jahr ist KK 3 abgeschafft»

Fichen-Fritz: Werner Sieg, Du wirst für die SP in der Untersuchungskommission sitzen, die die Politische Polizei untersucht. Wie lange hat die Stadt Zürich noch eine Schnüffelpolizei?

Sieg: Ich hoffe, nur noch bis Ende Jahr. Ziel der Untersuchungskommission muss sein, das heutige KK III abzuschaffen.

Wie wollt Ihr das erreichen?

Erstens müssen im Budget die Gelder für das KK III gestrichen und zweitens muss der bestehende Vertrag mit dem Kanton gekündigt werden.

Was passiert mit den städtischen Schnüffelpolizisten?

Das ist eigentlich nicht

meine Sorge. Bestimmte Leute werden den Abschied nehmen müssen.

Der alte Stadtrat hat huch-huch einen Teil des KK III in «politischen Informationsdienst» umgetauft.

Das ist ein Skandal. Ein Stadtrat hat als Mitglied einer politischen Partei Informationen genug und braucht nicht noch einen «politischen Informationsdienst» der Polizei. Das ist schlicht und demokratisch.

Es wird in der Stadt Zürich also auch nicht eine Politische Polizei unter anderer Etikette geben?

Wir wollen die Politische Polizei in Bund, Kanton und in der Stadt abschaffen. Ich sehe die rot-grüne Mehrheit im Gemeinde- und Stadtrat

von Zürich auch als eine Hoffnung für die übrige Schweiz. Wir müssen und wollen ein Zeichen setzen. Umgekehrt ist für uns die schweizerische S.O.S.-Initiative eine Hoffnung und eine Unterstützung.

Nach unseren Informationen haben einzelne Sachbearbeiter des KK III Unterlagen ihres Fachbereichs vorsorglich «bei der Grossmutter» eingelagert. Wie will die Untersuchungskommission an sämtliche Unterlagen herankommen?

Es wird auf den Spürsinn der einzelnen Leute ankommen. Ich bin da guter Hoffnung. Spätestens im Herbst wollen wir mindestens einen Zwischenbericht veröffentlichen.

Werden die 35'000 Personen, die in der Stadt Zürich registriert sind, ihre Fichen unaufgefordert zugeschickt erhalten?

Die grüne Partei fordert das, und wir werden es unterstützen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtrat dagegen sein wird.

Und die Akten und Dossiers?

Meiner Ansicht gehört das dazu, weil die Fichen selbst wissen sagen.

Könnten Euch Hoheitsansprüche des zentralistischen Justizministers Koller daran hindern, Einsicht in alle Fichen und Akten zu gewährleisten?

Ich sehe die rechtlichen Grundlagen für diese Hoheitsansprüche nicht.

Chronologie der Ereignisse

Fichenfilm

24. 11. 89

Zwei Tage bevor die GSaA-Initiative sensationelle 35.6 Prozent der Stimmen erhält, erscheint der PUK-Bericht. Für Bundesrat Koller geht es nur um einige «Fehler und Schwachstellen».

30. 11. 89

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verlangen Einsicht in ihre Dossiers. Professor Haefliger wird Ombudsmann.

15. 12. 89

Am Ende der Session stellen Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Komitee Schluss mit dem Schnüffelfeld vor.

22. 1. 90

Das Komitee begibt sich an den Tatort, Taubenstrasse 16. Während dreier Wochen fordern Protest-Piktets Tag für Tag Einsicht in die Dossiers.

12. 2. 90

Registrierte aus dem Kanton Bern können ihre Fichenkopien einsehen. Gleich am ersten Tag deckt Ruedi Strahm auf, dass das EMD Listen über potentielle Verräter angelegt hat.

14. 2. 90

Im Frühling 89 musste Bundesanwalt Gerber gehen. Auf eigenen Wunsch, wie Bundesrat Koller immer versicherte. Jetzt ist Bupo-Chef Huber, der gleichzeitig Chef der militärischen Abwehr UNA war, an der Reihe. Auch er im gegenseitigen Einvernehmen.

16. 2. 90

Bundesrat Koller muss alle seine bisherigen beschönigenden Darstellungen widerrufen. Es existierte jede Menge von Karteien. Selbst 180'000 Rot-Kreuz-Kinder wurden registriert. Die Bevölkerung wurde wiederholt angelogen.

20. 2. 90

In der Rundschau enthüllt Redaktor Andreas Kohlschütter, dass er im Auftrag der UNA die Journalistinnengewerkschaft SJU hätte bespitzeln sollen. Im Zischtingclub vom gleichen Abend bedauert alt Bundesanwalt Walder, dass er nicht noch mehr bespitzelt hat.

21. 2. 90

Der erste Fichen-Fritz erscheint mit einer Auflage von 300'000 Exemplaren.

23. 2. 90

Über 500 Kulturschaffende wollen die 700-Jahr-Feier boykottieren: «Den Schnüffelfeld abfeiern? Ohne uns.»

23. 2. 90

Am gleichen Tag spricht das Bundesgericht Elisabeth Kopp frei. Es war nur ein Rechtsirrtum.

26. 2. 90

Die Schweizer Illustrierte berichtet über die Geheimarmee von Oberst Bachmann.

27. 2. 90

Die Enthüllungen folgen sich Tag auf Tag. Die Rundschau berichtet über die geheime REWI-Kommission, der unbekannte Parlamentarier angehören.

3. 3. 90

An der Kundgebung «Schluss mit dem Schnüffelfeld» verlangen auf dem Bundesplatz 35'000 Personen die Abschaffung der Politischen Polizei, volle Akteneinsicht und eine PUK 2 für das EMD.

5. 3. 90

Der Bundesrat stoppt die Einsichtnahme in die Fichen und kündigt eine neue Verordnung an.

6. 3. 90

Mit 123 bürgerlichen gegen 60 rot-grüne Stimmen bodigt der Nationalrat die SP-Motion zur Abschaffung der Politischen Polizei.

10. 3. 90

Das Komitee beschliesst die Volksinitiative S.O.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei zu lancieren.

12. 3. 90

Der Nationalrat akzeptiert mit 136 zu 21 Stimmen eine PUK 2 für das EMD. Der Bundesrat ernannt gleichzeitig den PUK-Präsidenten Moritz Leuenberger zum Fichen-Delegierten. Die Bürgerlichen sind stocksauer.

19. 3. 90

Leuenberger hat genug vom Kesseltreiben und tritt als Monsieur Fiche zurück.

22. 3. 90

Gegenüber der SP-Fraktion gesteht Nationalrat Sepp Stappung, dass er seit 1984 dem Beirat zur Widerstandorganisation angehört. Die drei bürgerlichen Parteien halten sich weiterhin bedeckt.

29. 3. 90

Der interimistische Fichen-Delegierte François Couchepin stellt das Konzept von Moritz Leuenberger zur Fichen-Bewältigung auf den Kopf: Wenig Rechte für die Bespitzelten, dafür vollständiger Spitzelschutz.

31. 3. 90

Bis zum staatlich gesetzten, rechtlich indessen unhaltbaren Melde-schluss verlangen 350'000 Personen Einsicht in ihre Fichen und Dossiers.

11. 4. 90

Neuer Sonderbeauftragter wird ausgerechnet der ehemalige Luzerner CVP-Regierungsrat Walter Gut. Andreas Gerwig, der die Einsicht im Interesse der Registrierten lösen wollte, stieg zuvor aus. Der Grund: Koller wollte auf sein Konzept nicht einsteigen.

17. 4. 90

Der Regierungsrat von Baselland teilt mit, dass der für die Politische Polizei verantwortliche Beamte Selbstmord begangen habe. Nicht weniger als 1295 Fichen fehlen.

24. 4. 90

Mit der Publikation im Bundesblatt beginnt die Unterschriften-sammlung für die S.O.S.-Initiative. Gleichzeitig erscheint in einer Auflage von 100'000 Exemplaren der zweite Fichen-Fritz.

Zürcher Staatsschutz pfeift aus dem letzten Loch:

K.O. für Kakadrei?

Über die «Bürogrummis» in der Bupo rümpfen die drei Dutzend Beamten des Stadtzürcher KK III bloss die Nase. Sie fühlen sich als die Staatsschützer an der Front. Sie gelten als die Klassenersten der Schnüffelpolizei – und werden jetzt als erste abgeschafft. Dank der neuen rot-grünen Mehrheit in der Finanzmetropole Zürich.

«Ich gehe davon aus, dass diese Dienstabteilung der Stadt geschlossen wird», erklärte der neue Stadtzürcher Polizeichef, der Sozialdemokrat Robert Neukomm, in seinem ersten Interview im «Volksrecht». Im «Tagess-Anzeiger» doppelte er zwei Tage später nach: «Ich weiss nicht, was die Stadt Zürich mit Staatsschutz zu tun haben sollte. Das ist aber nur ein Aspekt: Die Politische Polizei gehört abgeschafft.» Machen Neukomm und die neue Gemeinderatsmehrheit ernst, wird an der Stampfenbachstrasse 63 demnächst ein ganzes Haus voll Bürokrumme frei.

Dort residiert das Kriminalkommissariat III, der Nachrichtendienst der Stadt Zürich, der 1920 vom Linken-fresser Otto Heusser (siehe Seite 5) ins Leben gerufen wurde. Die 33 KK-III-Beamten (exklusive Nebenstellen) kassieren pro Jahr 3,61 Millionen Lohnfranken – im Schnitt über 100'000. Sie sind damit die bestbezahlten Schnüffelpolizisten der Schweiz.

Keine andere Polit-Polizei pflegt derart intensive Kontakte mit ausländischen Staatsschützern, vorab mit dem Bundeskriminalamt. In gemeinsamen Kursen entstandene Kontakte fördern den informellen Datenfluss über die Grenzen – vom PC des bundesdeutschen Kollegen zu jenem an der Stamp-

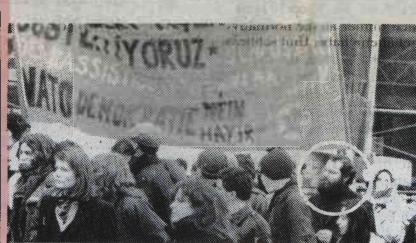
fenbachstrasse (und umgekehrt). Offen ist die Grenze auch für BKA-Fahnder, wie ein KK-III-Insider zu berichten weiss: «Wenn die uns anrufen und um eine Observation bitten, müssen wir wegen Personalknappheit meist nein sagen. Ihre Antwort ist: Okay, dann müssen wir das halt selbst machen. Und unsere Quittung: Wir wissen wie immer von nichts.»

Auch im Einsatz von Spitzeln eifert das KK III bundesdeutschen Vorbildern nach. Keine andere schweizerische Staatsschutzstelle ist so skrupellos im Einsatz von Spitzeln wie die Stadt Zürich:

- Eine dreiköpfige Gruppe plazierte 1971 eine Bombe bei der Stadtpolizei Zürich. Der dritte Mann der Gruppe war ein Vertrauensmann der Polizei. Der V-Mann hatte seine Warnung nicht mehr rechtzeitig durchgeben können.

- Der Student Andreas Kühnls, 1976 als Cincera-Spitzel enttarnt, war in Tat und Wahrheit ein V-Mann des KK III, das ihn führte (der Führungsoffizier arbeitet noch immer dort) und auch entschlachtete. Das KK III benutzte also Cincera als Tarnung, um Kühnls im Demokratischen Manifest und zahlreichen weiteren Gruppen spitzeln zu lassen.

- 1986 deckte die Wochenzeitung auf, dass der Stadtpolizist Walter Truniger jahrelang als «linker» Marco Schmidt in der Szene lebte und dabei eine Bombenattrappe vor dem salvadorianischen



KK3-Spitzel Willy Schaffner als Demonstrant

Generalkonsulat legte.

- Gleichzeitig flog Willi Schaffner auf, der als «Willi Schaller» in der autonomen Szene Zürichs fleissig Sprengstoff und Waffen anbot.

Durch Spitzelberichte und andere Quellen kamen beim KK III im Lauf der Jahre rund 80'000 Fichen zusammen, die vor ein paar Jahren auf 35'000 Personen und rund 10'000 für Organisationen/Ereignisse reduziert wurden. Reduziert? 35'000 ist immer noch mehr als die gesamte Churer Bevölkerung.

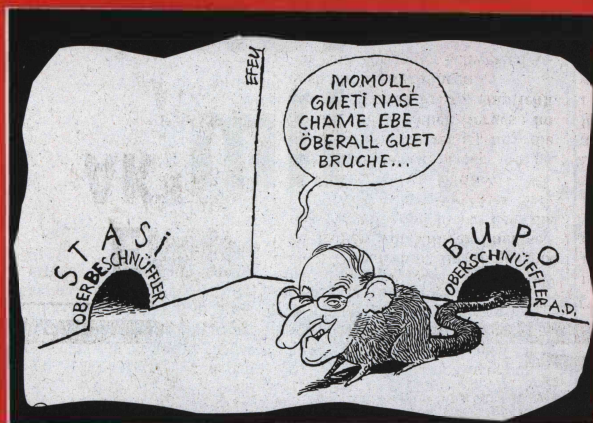
Mikrofilmkopien der Stadtzürcher Fichen lagern im Benediktinerinnen-Kloster von Niederrickenbach (NW). Der Glaube hilft den Staatsschützern indes nicht immer. Mitunter steht er auch im Weg. Als KK-III-Leute nach Stadtrat Hans Fricks Weisung, die Akten nicht zu verändern, «einen Champfr» mit der Registratur vorhatten, scheiterten sie an Kurt Gräb, der die «Regi» verwaltet. «Dummerweise» ist Gräb strenggläubig und will vor Gott keine krumme Tat verantworten. (Er hatte sich früher schon bei der Uniformpolizei trotz nachdrücklicher Aufforderung geweigert, zugunsten von Kollegen zu lügen.)

Die Drehs der alten Mehrheit werden nicht verhindern können, dass die rot-grüne Mehrheit des Zürcher Gemeinderates am 9. Mai eine Untersuchungskommission für das KK III (sowie das verwandte Büro S.) einsetzen und die Weichen Richtung Abschaffung der Politischen Polizei stellen wird. Gegenüber Fichen-Fritz kommentierte ein (allzu) selbstsicherer Staatsschützer: «Untersuchungskommission? Jetzt kommt nicht die Stunde der Wahrheit, sondern die Stunde der Lüge. Abschaffung? Dann machen wir halt ab sofort Terrorbekämpfung. Mit den gleichen Leuten, mit den gleichen Registraturen.»

Woraus zweierlei folgt: Solange wir der Polit-Polizei den kleinen Finger «Terrorbekämpfung» lassen, wird sie exakt so weiterschnüffeln wie bisher. Zweitens: Solange der Schnüffelpolizei nicht Personal und Geld radibutz gestrichen wird, kummert sie sich einen Deut um fromme Wünsche von kontrollwilligen ParlamentarierInnen.

Kleines Quiz: Was könnte die Stadt Zürich mit den fünf bis sechs Millionen, die sie für den Staatsschutz verschleudert, Sinnvolles unternehmen. Wir veröffentlichen Antworten in der nächsten Nummer.

DAS VOLK WIRD INITIATIV



35'000 an der Demo in Bern 350'000 per Post im Bundeshaus

Das Konzept des Bundesrates war klar und durchsichtig zugleich: Wer sich nicht bis zum 31. März 1990 gemeldet hat, erhält keine Einsicht mehr in seine bisher gesammelten Daten. Das nicht rechtzeitig

angeforderte Material wird entweder vernichtet oder computerisiert. Doch diese Marschrichtung ist weder politisch noch rechtlich haltbar. Zudem hat ausgerechnet dieses Fristen-Fallbeil 350'000 Ein-

wohnerinnen und Einwohner dieses Landes motiviert, Einsicht in ihre Fichen zu verlangen. Früher oder später wird der Bundesrat mit seiner Verordnung und seinem Fichen-Delegierten aufzulaufen. Viel hängt da-

von ab, wie schnell die Initiative zustandekommt. Deshalb nicht vergessen: Bogen unterschreiben und Freunde, Freundinnen, Bekannte auch unterschreiben lassen. Am 2. Mai mit der Post ab nach Bern.

Fichen-Fritz fischt frische Fichen

Akten	Datum	Gegenstand
	25.1.73	v.Stapo ZH: Bericht über die gesamtschweizerische Vietnam-Demonstration vom 20.1.73 in Zürich. Der PM von W. fig auf PM-Liste. Beilagen.
	6.2.73	v.sureti FR: Melden, dass am 5.2.73 vor beiden Kasernen in Fribourg das Flugblatt 'Haben Soldaten noch Rechte?' verteilt wurde. Verfasser dieses Flugblattes ist der SOLDATENKOMITEE. Der PM von W. wurde vor einer Kaserne gesehen.
Akten	Datum	Gegenstand
	12.1.77	v.ND ES: melden Personen, die in letzter Zeit in die POCH-Wohnsiedlung Blumenhof in Kehrsatz eingezogen sind, so auch W.
	25.2.77	v.ND ES: Nachtrag zu obigen. W. war vorübergehend in Kehrsatz, ist aber jetzt seit Mitte Februar 77 an der Haslerstr. in Bern gemeldet. Er arbeitet in Advokaturbüro Mastroratti. Ein Mitarbeiter ist ebenfalls gelegentlicher Besucher der Kaserne Blumenhof. W. gibt als Kontaktadresse, falls er nicht direkt erreichbar ist, einen in Granges FR. an.
	19.9.85	v.Stapo BE: Bericht zur Einreichung der Initiative 'Schweiz ohne Armee' durch die gleichnamige Gruppe am 12.9.85 vor den Bundesräten. Anschluss an diesen Akt feierten die ca 70 Exponenten und Sympathisanten ihren Erfolg im KUKUZ und Rest/Zehnermätteli. Bei diesen Festivitäten festgestellt.
	27.9.78	v. Kapo SO: Bericht zum 4. Arbeits-Weekend der AKW-Gegner vom 16./17.9.78 auf dem Oberbalmberg/SO. Figuriert als Kontakt person/Teilnehmer.
	5.3.79	v.Pol.Kdo.SO: Teilnehmer am 6. Arbeits-Weekend der AKW-Gegner vom 3./4.3.79 im Bildungs- und Ferienheim Oberbalmberg/SO. Kann als aktiver AKW-Gegner bezeichnet werden.
	26.5.80	v.Kapo-AG: "Pringstmarsch der AKW-Gegner 1980"; Besammlungsorte Koblenz, Laufenburg und Olten. Erkannte (r) Teilnehmer, führende Personen dieses Pringstmarsches.

Akten	Datum	Gegenstand	Fiche Nr.
	11.11.68	v.Silkrup ES: Bericht über den öffentlichen Vortragabend v. Dr. Konrad FARMER 03 in der 'Junkere 37' (berner Diskussions-Podium) Junkergasse 37. Thema: 'Warum Dubcek und Breschnev im gleichen Spittel krank sind'. G. war Teilnehmer, offensichtlich beruflich als Journalist für den Berner Tagu, wo er seit 1963 tätig ist. Polit. unbekannt, genießt einen guten Ruf. Invalid.	

	1.8.83	Internat: Im Zuge der Schliessung der NOVOSTI-Presseagentur in Bern hat BR Friedrich gewisse Friedensbewegler als von Moskau beeinflusst bezeichnet. Daraufhin starteten die Frauen für den Frieden eine Aktion Strafklage gg BR Friedrich wegen Verleumdung und übler Nachrede. 1450 Personen unterzeichneten diese Klage. Fig. auf Liste der Unterzeichner	
--	--------	--	--

Akten	Datum	Vorname	Gegenstand	geb.	Fiche Nr.	3
	10.9.87		v. ND-LU: Gesamtschweizerisches Zivilschutzverweigerer-Treffen am 5.9.87 in Luzern. 49 Teilnehmer; die Saalreservation erfolgte durch [redacted]. Unter den Teilnehmern fanden sich [redacted] sowie [redacted] (vermutl. ident. mit H.). Beilage: Presseartikel.			

	10.10.84		v. Stapo/ZH: Am 6.10.84 fand in Zürich eine Veranstaltung zum Thema: "Türkei und Menschenrechte" statt. Als Organisator zeichnete die VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER JURISTEN DER SCHWEIZ; vertreten durch BRAUNSCHWEIG Hansjörg, 30. Ca. 100 Teilnehmer (zu 50% türk. Emigranten). Referent.			
--	----------	--	---	--	--	--

Akten	Datum	Gegenstand	Fiche Nr.
	18.6.85	v.Stapo ZH: Betr. Solidaritätsveranstaltung für die Gefangenen in der Türkei am 6.4.85 in Zürich. G. trat dort als Redner in Erscheinung.	

Akten	Datum	Gegenstand	Fiche Nr.
	2.8.89		

EMD-AKTEN AUF DEN TISCH

Das EMD hat einen eigenen Fichen-Delegierten. Im Gegensatz zu Koller will Villiger über seinen Parteifreund Franz Eng die rund 7500 in der Verräter-Kartei Fichierten ab Ende Mai selber informieren. Doch aufgepasst: Diese Kartei ist nur die Spitze des Fichen-Berges im EMD. Fichen-Fritz empfiehlt deshalb: Weiterbohren. Für Angehörige der Schweizer Armee lohnt es sich mit Sicherheit, auch Einsicht in die sogenannte Korpskontrolle zu verlangen – selbst wenn man/frau seit einigen Jahren nicht mehr im feldgrauen Verein mitmacht. Die Personendossiers der Korpskontrolle, die

nicht mit der EMD/UNA-Kartei zu tun haben und deshalb auch nicht in die Zuständigkeit des EMD-Fichendelegierten Franz Eng fallen, enthalten nämlich eine Reihe aufschlussreicher Aktenstücke: Qualifikationsblätter, Lebensläufe, Arztatteste, Verschlebungsgesuche, Referenzen, Fragebogen, die von den Dienstleistenden selbst ausgefüllt wurden (Aushebung/Rekrutenschule), Fotos. Besonders interessant sind die polizeilichen Führungsberichte, die teilweise auch von der Bundesanwaltschaft ausgefüllt resp. ergänzt wurden. Wie die WoZ in ihrer Ausgabe Nr. 1/90 schrieb, enthält dieser «Polizeiliche Führungsbe-

richt» (Formular 5.11) eine Rubrik «extreme politische Betätigung». Dazu der Hinweis an die mit dem Ausfüllen beauftragte Polizeibehörde: «Im Zweifelsfalle oder bei bejahender Antwort in dieser Rubrik ist das Formular über die Schweiz. Bundesanwaltschaft, 3003 Bern, an die anfragende Stelle zurückzuleiten.» Die Verwendung (bundes-)polizeilicher Daten in Armeedossiers ist derart heikel, dass beispielsweise die Stadtpolizei Bern seit einigen Monaten (resp. seit Inkrafttreten des kantonalen Datenschutzgesetzes) die Fragebogen unausgefüllt an die anfragenden Armeestellen (vorwiegend Kommandanten von Rekru-

tenschulen) zurückschickt. Wer in der Rekrutenschule irgendeinmal zum Weitermachen in Betracht gezogen worden ist, findet in seinem Personendossier mit Garantie einen solchen polizeilichen Führungsbericht. Die Einsichtsgesuche sind je nach Waffengattung an das entsprechende EMD-Bundesamt (z. B. BA für Sanität, BA für Genie und Festungen, BA für Artillerie, BA für Übermittlungstruppen) zu richten. Vor allem bei Füsilieren kann es vorkommen, dass der Wohnsitz-Kanton zuständig ist. Im Zweifelsfall ist der EMD-Datenschutzbeauftragte Marcel Bourgois (direkte Büro-Telefon-Nummer: 031/67 50 20) in Trab zu setzen.